

# PRESSEMITTEILUNG

Hamburg, 23.02.2016

## Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg! Flüchtlinge im Bezirk Nord dezentral unterbringen

Die Flüchtlingskrise fordert deutschlandweit den Einsatz und die Kräfte der Kommunen. Auch der Hamburger Senat unter Olaf Scholz (SPD) ist stark gefordert und versucht, der Lage Herr zu werden. Die aktuelle Strategie, möglichst viele Flüchtlinge in Großunterkünften unterzubringen, kann allerdings keine Lösung sein! Dass dies von der Bevölkerung nicht länger toleriert wird, zeigen Bürgerinitiativen und ein drohender Volksentscheid. Und auch die erfolgreiche Klage gegen die Größe der geplanten Unterkunft in Klein Borsstel zeigt, dass der Widerstand wächst.

**Deshalb fordern die Bezirksabgeordneten Stefan Bohlen (CDU Eppendorf/Hoheluft-Ost) und Nizar Müller (CDU Langenhorn):** *"Aus Sicht der CDU-Bezirksfraktion müssen dringend Alternativen zur bisherigen Basta-Politik des rot-grünen Senats gefunden werden. Oberstes Gebot sollte es in Zukunft sein Anwohner/innen frühzeitig und transparent über die Vorhaben vor der jeweiligen Haustür zu informieren und zu beteiligen, damit eine Willkommenskultur in der Nachbarschaft entstehen kann. Dezentrale, kleinere Unterkünfte und eine gleichmäßigere, faire Verteilung über die verschiedenen Stadtteile im Bezirk Hamburg-Nord sind besser als Olaf-Scholz-Ghettos in Landschaftsschutz- und Gewerbegebieten."*  
*Die CDU fragt daher ab, wie viele Grundstücke im Bezirk Hamburg-Nord im Eigentum der Stadt Hamburg sind und welche Größe diese jeweils haben.*

**Dr. Andreas Schott, Fraktionsvorsitzender der CDU-Bezirksfraktion Hamburg-Nord, ergänzt:** *"Auch wenn dies mühevoller sein mag, so müssen dringend auch kleinere Flächen ins Auge gefasst werden, um dort Flüchtlingsunterkünfte zu schaffen. Im Sinne der Integration von Schutzsuchenden ist dies unbedingt geboten!"*

Für Rückfragen:

Fraktionsbüro  
Telefon: 040-46 53 71